

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

Das Ammenmärchen Globalisierung

Ein Diskursverbot ist gescheitert: Gerechtigkeit bleibt auf der politischen Agenda

Wolfram Stierle

Die Ängste, die mit Blick auf die Globalisierung und ihre Folgen in Deutschland geschürt werden, könnten sich als Ammenmärchen herausstellen. Wolfram Stierle, Ökonom und Theologe im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, plädiert für einen realistischen Blick auf die Weltwirtschaft und eine Politik, die Armut nachhaltig bekämpft.

Lieber Olaf!“, so schrieben vor Jahresfrist verunsicherte Genossen aus Schleswig-Holstein an ihren Generalsekretär: „Du hast am 16. Juli 2003 in Berlin bei einem ‚Programmdialog‘ Thesen zum Thema ‚Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert‘ vorgetragen ... Die Entkoppelung des Gerechtigkeitsbegriffes von der Verteilungsgerechtigkeit ist der Ansatzpunkt, mit dem Du versuchst, die Notwendigkeit einer Revision der Grundsatzprogrammatik zu rechtfertigen. Damit erklärst Du das Verteilungsproblem in unserer Gesellschaft für prinzipiell gelöst und den politischen Diskurs darüber schlicht für obsolet. Du hast Dich um Antworten gedrückt, wie wir künftig mit der internationalen Solidarität umgehen wollen.“ Ohne weiteren Gruß stellen die sichtlich verärgerten Autoren zum Schluss ihres offenen Briefes klar, dass sie sich von einer solchen Führung nicht zu „Anhängseln von Kapital und Markt“ degradieren lassen wollen.

Olaf Scholz hatte konstatiert, die gesellschaftliche Verteilungsfrage hätte sich doch stets auf einen durch Wachstum geschaffenen Wohlstandszuwachs bezogen. Die alte SPD nennt er daher die „Partei der Zuwachsverteilung“. Was die „alten“ Sozialdemokraten aufbrachte, machte in Europa Schule. 1999 hieß es im so genannten „Schröder-Blair-Papier“, Gerechtigkeit bestehe nicht aus der „Verteilung von Geld“, sondern aus der „Ausweitung der Chancengleichheit“. Entsprechend legte ein Jahr später Wolfgang Clement vor dem Grundwerteforum seiner Partei nach: „In der vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts hilft uns der alte Glaube, dass alles sozial gerecht

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

sei, was die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung verringert, nicht mehr weiter.“

Im Kontext von Wachstumsschwäche und Globalisierung an Umverteilung zu glauben – ist das nicht Anachronismus oder Irrglaube? Die spd führt eine exemplarische Debatte um die Frage nach der „gerechten Gestaltung“ der Globalisierung und des Sozialstaates. Die Parteistrategen suchen nach einer Neudefinition überkommener Gerechtigkeitsideale. Allein die Forderung, die Frage nach einer gerechten Verteilung nur auf neu verteilbare Zuwächse zu beziehen, konnte nicht überzeugen, wem hinsichtlich Gehalt und Rente, bezogen auf Gesundheit, Arbeitslosengeld I und II, eine Umverteilung aus der Substanz droht. Daher musste das Diskursverbot scheitern. Während die schleppende Konjunktur und das allmächtige Globalisierungsargument Wasser auf die Mühlen derer sind, die in dem für die bisherige Bundesrepublik geltenden Verteilungskompromiss nur noch ein Wachstumshindernis sehen, herrscht bei anderen eine Seelenmelange, die zwischen Unbehagen, Zorn und Ergebung in das Notwendige schwankt. Symptomatisch ist, dass allen Umfragen zufolge die Regierung abgestraft wird, während die gleichen Antworten dokumentieren, dass das Wahlvolk von der Opposition auch nichts Besseres erwartet.

Im Zentrum des Unbehagens steht die von manchen Verantwortungsträgern bereits ad acta gelegte Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit. Das Standort- und das Globalisierungsargument geben heute das Koordinatensystem vor, außerhalb dessen wirtschaftlich, sozial und politisch-philosophisch angeblich gar nichts Sinnvolles gedacht, gesagt und getan werden kann.

Zunächst wäre zu fragen, ob jene Koordinaten stimmen? Es mehren sich nämlich die Anzeichen dafür, dass ausgerechnet das, was in den Analysen, Feuilletons und Politikerargumenten der letzten Jahre unverrückbar fest zu stehen schien, an Plausibilität verliert. Deutschland wird bekanntlich permanent, kurz und schlecht als „Lachnummer“ (Spiegel), „Gespött Europas“ (Hans Werner Sinn) oder „Sanierungsfall“ (Edmund Stoiber) dargestellt. Wie ein kleiner Katechismus der Globalisierung haben sich solche Antworten in den Köpfen festgesetzt. Von Verteilungsgerechtigkeit verwöhnte Bundesbürger gelten unter globalem Aspekt als

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

schlecht vorbereitet und darum zu Recht hart gebeutelt. Viele Menschen schenken diesen emotionalisierenden Zusammenfassungen der „deutschen Krankheit“ ihren Glauben.

Es könnte sich um Ammenmärchen handeln – zumindest ist angesichts solcher Pauschalurteile Differenzierung anzumahnen.

Die Börsenzeitung meldete beispielsweise jüngst: „Entgegen dem herrschenden Eindruck zählt Deutschland zu den attraktivsten Standorten weltweit.“ Das Newsweek Special zum Davos-Gipfel erklärte Deutschland nach aufwändigem „benchmarking“ kurzerhand zur zweitmächtigsten Nation nach den usa weltweit. Der angesehene Foreign Direct Investment (fdi) Vertrauensindex nennt Deutschland, als wäre er von allen guten Geistern verlassen, einen der begehrtesten Investitionsstandorte weltweit. Dieses Ranking basiert auf

der Befragung von Vorständen und Führungskräften der weltweit tausend größten Firmen sowie auf den Zahlen internationaler Organisationen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der oecd. Selbst die solide Bundesbank lässt sich zu Sätzen hinreißen wie: „Die Produkte der deutschen Wirtschaft haben ein anhaltend hohes Maß an preislicher und qualitativer Wettbewerbsfähigkeit. Analysen der technologischen Leistungsfähigkeit und der Innovationskraft zeigen bei allen Problemen im Detail komparative Vorteile der deutschen Wirtschaft.“ “Germany’s infrastructure is superb”, vermeldet der Economist und das Time Magazin für Europa sieht Deutschland in diesem Juli mächtig im Kommen.

Ungeprüfte Argumente

Manche werden sich im falschen Film wähnen, doch hier sprechen weder Traumtänzer noch alte Sozialdemokraten; und die Zitierten sind nur wenige Stimmen aus einem Chor, der immer lauter wird. Das Koordinatenargument ist als Allzweckwaffe in der Debatte um soziale Gerechtigkeit unter den Bedingungen der Globalisierung so beliebt wie ungeeignet. Die Globalisierung wurde im Laufe der Jahre zum ungeprüften Argument für alles Mögliche: für höhere Managergehälter bei niedrigen Arbeitslöhnen,

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

für Englisch im Kindergarten, für geringere ethische Standards in der Produktion, für die Senkung der Lohnnebenkosten, Verweigerung von Hüftgelenken, billigeren Kaffee und Erdbeeren im Januar.

Reformen gab es und braucht es stets – aber nun muss alles anders werden, vom „Auslaufmodell Normalarbeitsverhältnis“ bis hin zur Definition von Gerechtigkeit.

„Wäre es nicht an der Zeit, nach fünfzig erfolgreichen Jahren Bundesrepublik die Strukturen neu zu entwerfen?“ fragt der Deutsche Bank-Vorstand Josef Ackermann.

Wenn man sich das auf der Zunge zergehen lässt, muss man sich fragen, ob sich hier argumentative Arglosigkeit mit sprachlicher Sorglosigkeit paart. Seit wann muss, was für Erfolg steht, ganz neu strukturiert werden? Geht es nicht etwas kleiner?

Hört man die Merkwürdigkeiten und vor allem die leiseren, die skeptischen Stimmen in den Debatten, so ist bereits heute fraglich, ob in ein paar Jahren das Standort- und Globalisierungsargument noch so unangefochten in die Strukturen der Sozialpolitik und die Fragen der Gerechtigkeit hineinregieren wird. Die Argumente von

„Chefvolkswirten“ und „Wirtschaftsweisen“ haben bisher eine Autorität beansprucht, die in früheren Zeiten Priestern und Königen zugestanden wurde. Da kann es die Koordinaten heilsam zurechtrücken, wenn selbst der „Chefökonom“ der US-Notenbank vor der permanenten Überschätzung der Wirtschaftswissenschaft warnt und zu bedenken gibt: „Eigentlich wissen wir ja nicht einmal, was Geld ist.“

Doch nicht nur die Koordinaten der verteilungsskeptischen Debatte könnten sich zunehmend als wenig stabil erweisen. Ungleichheiten im In- und Ausland nehmen zu.

Im „Atlas der Globalisierung“ von Le Monde Diplomatique heißt es lapidar: „Dass die Globalisierung die Welt insgesamt reicher mache, ist eine Legende. Zu ihren schädlichen Auswirkungen gehört vor allem, dass sie die globale Ungleichheit verstärkt. Die Armut konzentriert sich heute nicht mehr in ein paar vergessenen Winkeln der Erde, sondern ist zum globalen Phänomen geworden.“ Dieses ist der Kontext, in dem – mal vehement, mal lässig – der Sinn einer verteilungsorientierten Gerechtigkeit und Sozialpolitik in Frage gestellt wird. Wir sind Zeugen eines gesellschaftlichen Diskurses, der das entscheidende Sachproblem per definitionem ausblendet.

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

Was für eine Funktion hat die Aufforderung, nicht mehr über Verteilung von Reichtum, sondern über Chancengerechtigkeit nachzudenken, wenn noch nie Arm und Reich weiter auseinander lagen als heute? Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, erinnerte dieser Tage im Bundestag daran: „Eine Milliarde Menschen haben weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung. 20 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 80 Prozent des Weltsozialprodukts; die restlichen 80 Prozent der Weltbevölkerung müssen sich um die verbleibenden 20 Prozent des Weltsozialprodukts streiten.“ Und nun soll Verteilungsgerechtigkeit kein Thema sein?

Allerdings kennt diese Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit nicht nur skurrile, sondern auch spannende, lohnende und längst nicht ausdiskutierte Aspekte, für die wir in diesen Jahren Lösungsansätze finden müssen. Angeregt tauscht die politisch-philosophische Community ihre Argumente aus.

Seit dem Erscheinen seiner „Theory of Justice“ im Jahre 1971 prägte eine Maxime des Philosophen John Rawls den Mainstream der politischen Philosophie: „Niemand soll aufgrund von Dingen, für die er nichts kann, schlechter im Leben dastehen als andere.“ Rawls argumentiert mit dem Blick auf „andere“ und verwendet somit eine relationale Definition der Gerechtigkeit. Verteilungsfragen bauten bisher ohne weitere Umstände auf diesem Fundament auf.

Zur Debatte steht nun aber, ob Gerechtigkeit überhaupt relational im Blick auf Verteilungen definiert werden soll. Müssen wir nicht eine Gerechtigkeit denken, die ohne soziale Vergleiche auskommt? Ist relationale Gleichheit überhaupt ein sinnvolles und gerechtes Verteilungsziel? „Why equality?“, das ist die Frage. Andere Autoren fragen: „Kommt es nicht mehr darauf an, ob Menschen ein ‚gutes Leben‘ führen, als darauf, wie ihr Leben relativ zu anderen Menschen steht? Reicht nicht der Blick auf eine Grundausstattung an Grund- und Menschenrechten, die unabhängig von gesellschaftlichen Vergleichen gelten? Ist nicht die soziale Anerkennung wichtiger als das Nivellieren von Unterschieden?“

Diese Position wird „nicht-egalitaristisch“ genannt – freilich kann sie sich mit der Betonung von Partizipation, Anerkennung und Zugehörigkeit nicht ganz frei machen von relationalen Anliegen.

Oktober 2004

Politik Verteilungsgerechtigkeit

Die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit bleibt somit selbst da präsent, wo Gleichheit kein Ziel ist. Wir leben in Zeiten, in denen sozialpolitische Strukturreformen Menschen mit Plakaten auf die Straße treiben, in denen Politiker um ökonomischen Sachverstand ringen und zugleich eine philosophische Rückversicherung suchen. Wir haben das Problem, wir haben die Debatte und schon darum wird die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit lebendig bleiben – mit oder ohne Persilschein von Philosophen und Politikern, Pressesprechern und Parteisekretären.

Quelle: http://zeitzeichen.skileon.de/content/download/0410_stierle.doc